



Heftige Kritik an Zuger Denkmalpflege

Der Denkmalpflege und deren politischem Chef, Regierungsrat Andreas Hostettler, wird einiges vorgeworfen.



Die Denkmalpflege redet auch beim Umbau des Theilerhauses mit.

Bild: Stefan Kaiser (Zug, 27. April 2020)



Harry Ziegler

Diese Interpellation hatte es in sich. Schon der Titel «Das neue Denkmalschutzgesetz – warum schafft es die Direktion des Innern trotz der neuen gesetzlichen Grundlagen nicht, Eigentümer und Behörden für einen erfolgreichen Denkmalschutz zu begeistern» implizierte, dass im Verhältnis zwischen Denkmalpflege und Eigentümern geschützter Bauten die Kommunikation nicht immer funktioniert.

Interpellant Philip C. Brunner (SVP/Zug) wies auf verschiedene Fälle hin, in denen sich Mitarbeitende der kantonalen Denkmalpflege Eigentümern gegenüber arrogant, überheblich gar, verhalten haben. Er konstatierte, dass dieses Verhalten untragbar sei. Was mitunter auch an mangelnder Departementsführung liegen könnte.

SVP macht Vergleiche mit der Fussball-Nati

SVP-Fraktionssprecher Adrian Risi (Zug) wählte deutliche Worte: «Ich, aber auch die SVP-Fraktion ist konsterniert, wie sich die Regierung mit einem Wischiwaschi Bericht aus der Affäre ziehen will.» Ihm komme es vor wie bei der Schweizer Fussballnati: «Wir haben alles im Griff, wir sind sehr gut, quasi schon fast Europameister. Eine völlige Fehleinschätzung der Akteure.»

Risi führte dann, um das mutmassliche Totalversagen der Denkmalpflege und des Direktors des Innern zu belegen, verschiedene «belegbare Fälle» ins Feld. Für ihn ist klar, Regierungsrat Andreas Hostettler habe bei

der Denkmalpflege ein gröberes Personalproblem, das es zu lösen gelte. Unterschwellig – nicht nur in Risis Votum, sondern auch weiteren – zielte die Lösung des Personalproblems auf den aktuellen Chef des Amtes für Denkmalpflege und Archäologie. Dieser wird im kommenden Jahr in Pension gehen.

In gewissem Sinne habe der Interpellant dem Regierungsrat eine Tür geöffnet, sich auch in der Kommunikation zu verbessern, indem er feststellte, dass der Frust bei den Betroffenen vorhanden sei, so Guido Suter (SP/Walchwil) für seine Fraktion. In der regierungsrätlichen Antwort zeigte sich laut Suter aber auch, «dass die zuständigen Behörden gewillt sind, den Denkmalschutz nicht der Beliebigkeit zu opfern». Das stimme zuversichtlich.

«Die im Titel der Interpellation gestellten Fragen sind einerseits wichtig, andererseits aber vielleicht auch etwas naiv, weil sie doch impliziert, dass einvernehmliche Lösungen immer möglich seien; dass dank des neuen Denkmalschutzgesetzes die Eigentümer immer zufriedengestellt werden könnten», erklärte Tabea Zimmermann Gibson (ALG/Zug). Dem sei nicht so, die Denkmalpflege habe einen gesetzlichen Auftrag umzusetzen, da seien Konflikte immer auch vorprogrammiert.

«Aus Sicht der Mitte-Fraktion wurden die Fragen ausführlich beantwortet», so Benny Elsener (Mitte/Zug). Die plausiblen Ausführungen, wonach die neuen Prozesse laufend ange-

passt und verbessert würden, zeigten auf, dass sich das Amt für Denkmalpflege um eine zweckmässige Umsetzung der vom Rat beschlossenen Gesetzgebung bemühe. Es sei aber auch klar, dass sich die Prozesse im Amt verbessern müssen.

Regierungsrat Andreas Hostettler versuchte, dem Rat und seinen Kritikern in seiner Antwort auseinanderzusetzen, was die Denkmalpflege tut. «Die Denkmalpflege hat einen gesetzlichen Auftrag.» Sie müsse die Substanz in geschützten Bauten, die beispielsweise umgebaut werden sollen, bewahren. Der Auftrag sei klar, da – das sei ihm bewusst – bliebe nicht immer Platz für Kompro-

«Ich, aber auch die SVP-Fraktion, ist konsterniert, wie sich die Regierung mit einem Wischiwaschi-Bericht aus der Affäre ziehen will.»

Adrian Risi
SVP-Fraktionssprecher



misse. Er räumte ein, dass es mit der Kommunikation nach aussen aber auch mit betroffenen Eigentümern nicht immer zufriedenstellend klappe. Er wehrte sich allerdings gegen den Vorwurf, das Amt nicht zu führen. Ebenso, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wissenmässig den Ansprüchen an die Arbeit nicht genügten. Er werde dafür sorgen, dass sich die Kommunikation mit Betroffenen verbessere – diese müssten verstehen, was der Auftrag der Denkmalpflege ist, also was möglich ist und was nicht.

Immerhin, konstatierte der Direktor des Innern, seien aufgrund des neuen Denkmalschutzgesetzes zahlreiche Objekte aus dem Schutz entlassen worden. Und das sei ja auch eines der Ziele der neuen Gesetzgebung gewesen.